

Pressemitteilung Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

veröffentlicht am 13.10.2014

Bundesweiter Zusammenschluss von Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gegründet.

10. Oktober

Beratungsstellen und Initiativen aus Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen gründen einen Bundesverband. Der Bundesverband unterstützt den flächendeckenden Auf- und Ausbau unabhängiger Beratungsstrukturen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Der Verband koordiniert die Vernetzung der Beratungsstellen und vertritt deren gemeinsame Interessen.

"In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – wie sie durch die Opferberatungsstellen in freier Trägerschaft geleistet wird – unverzichtbar ist", so die gemeinsame Empfehlung aller Mitglieder des Untersuchungsausschusses zum NSU im Bundestag.

Der Bundesverband fordert, dass Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt flächendeckend die Möglichkeit haben, eine spezialisierte, unabhängige und professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen, wie es im Abschlussbericht festgestellt wird.

Drei Jahre nach Bekanntwerden der rassistischen Verbrechen des "NSU" und der strukturell rassistisch geprägten Arbeit der Ermittlungsbehörden stehen die Landesregierungen in der Pflicht, den Aufbau unabhängiger Opferberatungsstellen zu fördern. Für eine professionelle und unabhängige Beratung müssen die Projekte in angemessener Höhe finanziell ausgestattet werden.

Wir empfehlen dringend, die Arbeit der bestehenden Initiativen, welche die "Qualitätsstandards zur professionellen Beratung Betroffener rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt" teilen - insbesondere in Bayern, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Niedersachsen - anzuerkennen und schnellstmöglich ausreichende Mittel bereitzustellen.

Seit 2001 unterstützen Beratungsstellen in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die seit über 10 Jahren erprobte Arbeitsweise ist seit diesem Jahr in den "Qualitätsstandards zur professionellen Beratung Betroffener rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt" veröffentlicht. Die Beratungsstandards sind verbindliche Grundlage aller Verbandsmitglieder und werden stetig weiterentwickelt.

Für Rückfragen stehen Ihnen gern Birgit Rheims und Robert Kusche zur Verfügung.

Birgit Rheims
Opferberatung Rheinland (OBR)
0211/15925566
info[at]opferberatung-rheinland.de

Robert Kusche
Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V.
0351 8894174
robert.kusche[at]raa-sachsen.de